



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

26. MÄRZ 2022

LDK Hameln

Bündnis 90/Die Grünen

Rede MdB Katja Keul

Seit dem 24. Februar herrscht Krieg in Europa.

Putin befiehlt seiner Armee den militärischen Überfall auf sein Nachbarland.

Jeder Versuch dafür eine Rechtfertigung zu konstruieren ist abwegig: weder herrschen in Kiew die Nazis, noch gab es in der Ostukraine einen Völkermord.

Diese Pseudo-Begründung hat der Internationale Gerichtshof mit Urteil vom 16. März auch mit deutlichen Worten abgeschmettert.

Es gibt auch keine Zweifel daran, dass die ukrainische Regierung durch demokratische und faire Wahlen legitimiert ist – anders in Russland selbst.

Mehrfach war ich als Wahlbeobachterin für die OSZE vor Ort und kann das aus eigener Anschauung bestätigen.

Hier geht es um nichts anderes als einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, indem auch noch das humanitäre Völkerrecht verletzt wird, indem zivile Infrastruktur, einschließlich Atomkraftwerken angegriffen wird und sogar Streumunition zum Einsatz kommt.

In dieser Situation gibt es keinen Zweifel an dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nach der UN-Charta und an der Legitimität von Waffenlieferung zur Unterstützung dieser Verteidigung.

Das hat auch nichts damit zu tun, dass hier etwa grüne Überzeugungen über Bord geworfen würden – ganz im Gegenteil:

Es ist die konsequente Fortsetzung einer Haltung, die auf dem Boden des Völkerrechts steht.

Und so richtig es war vor dem 24. Februar alles für eine diplomatische Verhinderung des Krieges zu tun und diese Bemühungen nicht durch Waffenlieferungen zu konterkarieren so klar war auch immer: sollte der worst case eintreten gibt es eine andere Lage.

Es ist Putin, der die Entscheidungsgrundlage durch seinen Befehl verändert hat – und nicht wir, die über Nacht ihre Meinung geändert haben.

Völkerrechtlich wäre es sogar legitim selbst militärisch zu intervenieren. Und trotzdem ist es politisch klug dies nicht zu tun.

Eine militärische Ausweitung des Krieges über die Grenzen der Ukraine hinaus würde eben gerade kein Menschenleben retten, sondern im Gegenteil das Elend vergrößern und das Risiko einer nuklearen Eskalation mit sich bringen.

Wir sehen daran aber auch leider, dass die Existenz von Atomwaffen Kriege nicht verhindert und dass die viel gepriesene Abschreckungswirkung leider für Putin besser funktioniert als für uns. In diese Lage hätten wir niemals kommen dürfen. Unser Ziel bleibt eine nuklearwaffenfreie Welt.

Wie wir dahin kommen, werden wir nicht nur auf der anstehenden Konferenz des Nichtverbreitungsvertrages, sondern auch als Beobachter der ersten Konferenz des Atomwaffenverbots-vertrages mit unseren Partnern besprechen.

Es geht jetzt nicht um Aufrüstung statt Abrüstung.

Es geht um Sicherheit.

Annalena hat das in Ihrer Rede vom letzten Freitag zur Vorstellung der nationalen Sicherheitsstrategie wie folgt formuliert:

„Abrüstung und Rüstungskontrolle bleiben zentraler Bestandteil unserer Sicherheit. Wir müssen Abrüstung und Rüstungskontrolle komplementär zu Abschreckung und Verteidigung denken.“

Und ja – wir werden auch in die Verteidigungsfähigkeit und in unserer Bundeswehr investieren.

Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Bundeswehr so ausgerüstet sein muss, dass sie ihrer Aufgaben erfüllen kann.

Zu oft musste sie aber in der Vergangenheit als Experimentier- und Spielwiese für die Industrie herhalten.

Seit Jahren steigt der Wehretat – von gut 30 Mrd. auf knapp 50 Mrd. – ohne dass sich die Ausstattung wirklich verbessert hätte.

Allein in zwei Untersuchungsausschüssen – 2013 zum EuroHawk und 2019 zur Berateraffäre – haben anschaulich belegt, wie Industrieinteressen und organisierte Unverantwortlichkeit zu Lasten der Bundeswehr gingen und Steuergelder verschwendet haben.

Wir haben deshalb durchgesetzt, dass das angekündigte Sondervermögen der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit insgesamt und nicht nur dem militärischen Bereich zugutekommt,

dass der reguläre Verteidigungshaushalt dafür nicht weiter anwächst und dass wir uns die Zeit nehmen den entsprechenden Wirtschaftsplan strategisch und langfristig aufzustellen.

Jetzt gilt es aber erstmal der Ukraine die maximale Unterstützung zukommen zu lassen und alles dafür zu tun damit dieser Krieg ein Ende findet.

Uns ist klar, dass weder Sanktionen noch ein Beschluss der UN-Vollversammlung, so einen Krieg von heute auf morgen beenden kann.

In Ihrer Gesamtheit aber führen die beispielelosen Sanktionen, Gerichtsurteile und UN-Beschlüsse dazu, dass Putin isoliert ist und dass er auf Dauer nicht durchhalten wird.

Und sie machen deutlich, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg von der internationalen Gemeinschaft nicht hingenommen wird.

141 Stimmen in der UN-Vollversammlung sind ein großer Erfolg, der auch und gerade Annalena zu verdanken ist, die sich intensiv um viele einzelnen Staaten und ihre Unterstützung bemüht hat.

Das Völkerrecht lebt davon, dass seine Subjekte seine Geltung einfordern. Deswegen ist dieser Beschluss der UN auch kein Papiertiger, sondern eine Stärkung des Rechts und des Gewaltverbotes.

Putin wird das Recht nicht außer Kraft setzen.

Wir haben mit 41 anderen Staaten den Chefankläger des internationalen Strafgerichtshofs beauftragt mit den Ermittlungen wegen der Kriegsverbrechen zu beginnen, während die Kampfhandlungen noch laufen.

Kriegsverbrecher werden sich nicht durchsetzen.

Wir bleiben an der Seite der Ukraine so lange wie es nötig ist und an der Seite aller mutigen russischen Bürgerinnen und Bürger, die persönlich ins Risiko gehen, um gegen diesen Wahnsinn zu protestieren.

Diesen Krieg kann niemand gewinnen – auch Putin nicht.

Dieser Krieg kennt nur Verlierer.

Dieser Krieg muss aufhören!

Jetzt!